

Niederschrift

über die Sitzung des Migrationsbeirates - öffentlich -

Datum: 29.09.2015

Ort: Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA),
Konferenzraum (3. Stock), Waldenburger Straße 63, 09116 Chemnitz

Zeit: 18:05 Uhr - 20:50 Uhr

Vorsitz: Herr Pedro Montero Perez

Beschlussfähigkeit

Soll: 5 Stadträtinnen/Stadträte Soll: 8 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner
Ist: 3 Stadträtinnen/Stadträte Ist: 5 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Elena Gaft	sachkundige Einwohnerin	dienstlich
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	privat
Frau Marianela Reichel	sachkundige Einwohnerin	dienstlich
Herr Dmytro Remestvensky	sachkundiger Einwohner	dienstlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	dienstlich

Stadtratsmitglieder

Herr Dr. Alexander Haentjens	CDU-Ratsfraktion
Herr Wolfgang Höhnel	CDU-Ratsfraktion
Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke

sachkundige Einwohner

Herr Osmani Aldama Regalado
Frau Natalie Ghanaat
Herr Maytham Jabar Abdulhassan
Herr Pedro Martin Montero Perez
Herr Van Duc Nguyen

beratend Teilnehmende

Frau Etelka Kobuß

Gäste

Herr Frank Blumstein	Bürgerverein für Chemnitz e. V.
Frau Kilian	VBFA
Frau Müller	VBFA

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Grit Echevin	Fachbereichsleiterin Deutsch Abt. 41.3	
Frau Astrid Gertig	Abteilungsleiterin Abt. 33.7	
Frau Anna Hanisch	Amtsleiterin Amt 33	zeitweise
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Amt 50	zeitweise
Herr Thomas Wabst	amt. Abteilungsleiter Abt. 50.4	

Schritfführerin

Frau Ramona Seidel Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Montero Pérez eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung des Migrationsbeirates - öffentlich - vom 25.08.2015
-

Es gibt keine Einwendungen zur Niederschrift. Diese gilt somit als bestätigt.

- 4 Vorstellung des VBFA
-

Herr Stadtrat Höhnel stellt den VBFA vor und informiert, dass es sich hierbei um einen gemeinnützigen Verein handelt, der 1991 gegründet wurde. Wirkungsfelder des Vereins sind berufsorientierende Maßnahmen, außerbetriebliche Erstausbildung und berufliche Fortbildung. Als Schwerpunkt wird die Betreuung durch speziell ausgebildetes Fachpersonal bei Lernschwierigkeiten von Schulabbrechern und Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen gesehen. Er informiert, dass rund 32 % der Auszubildenden in Handwerksberufen ihre Ausbildung abbrechen. Als Angebote des Vereins benennt er u. a. die Aktivierungshilfe/Jugendwerkstatt, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und Jahre sowie die Berufsausbildung von Rehabilitanden. Er sagt, dass es ca. 1000 Teilnehmer und 155 Mitarbeiter gibt.

Im Zusammenhang mit der Thematik Asyl führt er aus, dass der Verein Fachkräftesicherung durch gezielte Qualifikationen von Migranten unterstützt. Unter sozialpädagogischer Begleitung sei man in verschiedenen Bereichen wie z. B. Metall- und Holzverarbeitung, Garten- und Landschaftsbau und Lager-Handel tätig. **Herr Höhnel** sagt abschließend, dass mehr getan werden müsse als nur zu reden.

Herr Montero Pérez fragt, ob die Begleitung von Asylbewerber auch bereits während des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt?

Herr Höhnel sagt, dass dies gut wäre, aber die Betreuung spätestens nach drei Monaten beginnen müsste.

Herr Montero Pérez fragt wie weit die Kompetenzerfassung vorangeschritten sei.

Frau Utech (Amtsleiterin Amt 50) erklärt, dass der Bestand sukzessive erfasst wird, derzeit allerdings die Vorrangprüfung gilt, die ggf. aufgehoben werden könnte. Sie ergänzt, dass sich die Bundesagentur für Arbeit in der Altendorfer Straße mit einem Modellprojekt eingemietet hat und Asylbewerber von der Agentur vermittelt werden

Auf die Frage von **Herrn Montero Pérez**, wie die Zusammenarbeit mit Vereinen erfolgt, sagt **Frau Utech**, dass sich diese im Rahmen des Sozialamtes nur auf Gemeinnützigkeit beziehen kann. Dabei seien, die Aufnahme, die Leistungszahlung und Unterbringung sowie „erste Schritte“ vorrangig. Erst dann kommt die Aufgabe Asylbewerber in einen Beruf zu bringen.

Frau Kobuß (Migrationsbeauftragte) ergänzt, dass die Kompetenzerfassung gut ist, aber zur Überbrückung die Kompetenzerfassung in die Praxis umgeleitet werden müsste, um tatsächliche Fähigkeiten erfassen zu können. Dafür wären Projekte, wie z. B. im VBFA, gut.

Frau Gertig (Abteilungsleiterin Abt. 33.7) fügt hinzu, dass Asylbewerber in Ausbildung gehen können, dass das Problem dabei aber sei, dass sie noch nicht deutsch sprechen können.

Herr Jabar Abdulhassan fragt, warum es keine Kombination zwischen Ausbildung und dem Angebot die deutsche Sprache zu erlernen gibt.

Frau Utech erklärt, dass hierzu auf Bundesebene etwas geplant sei.

Herr Jabar Abdulhassan weist auch darauf hin, dass viele Asylbewerber gute praktische Arbeit leisten, allerdings keine Berufsabschlüsse haben.

Hierzu meint **Frau Kobuß**, dass betriebspraktische Arbeitszeugnisse hilfreich wären.

Herr Höhnel sagt abschließend nochmals, dass der VBFA mit gestalten möchte und daher für den 21.10.2015 ein Kinderfest mit einer Reihe von Partnern für Flüchtlingskinder organisiert habe und am 28.10.2015 das Konzept des VBFA vorgestellt wird.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) schlägt vor, dass die Chemnitzer Bundestagsabgeordneten gefragt werden wie zukünftig der Umgang mit Berufsabschlüssen geplant sei und fragt, ob sich die Kammern diesem Thema zwischenzeitlich öffnen.

Herr Höhnel sagt, dass in so genannten Helferberufen/Teilfacharbeitern die Zusammenarbeit mit den Kammern angeboten werden könnte. Die Frage sei, ob diese in die dualen Ausbildungsberufe aufgenommen werden können. Er meint, dass nicht von Beginn ein Abschluss vorliegen müsse, sondern dass es darauf ankomme, dass in der Praxis die Geeignetheit vorliegt.

Frau Kobuß sagt, dass die Voraussetzungen bei den einzelnen Asylbewerbern unterschiedlich seien und mehrgleisig gefahren werden müsse im Rahmen der Berufsausbildung.

Herr Blumstein (Bürgerverein für Chemnitz e. V.) sagt, dass die Gesamtprozesse in der Stadt Chemnitz besser geregelt werden müssen und ein Runder Tisch zur Thematik Asyl initiiert werden solle.

Herr Montero Pérez meint, dass die Stadt vieles tut, dabei aber noch Defizite herausgearbeitet werden müssen.

Frau Kobuß schlägt vor, dass sich der Beirat zu dieser Thematik nochmals mit verschiedenen Beteiligten zusammensetzt und berät.

5 Allgemeine Informationen

5.1 Aktuelle Informationen zur Asylproblematik

Herr Wabst (amt. Abteilungsleiter Abt. 50.4) stellt sich vor.

Frau Utech informiert zu den aktuellen Zahlen mit Stand 25.09.2015.

Chemnitz hat im Jahr 2015 864 Asylbewerber zugewiesen bekommen. Somit gibt es derzeit 1575 untergebrachte Asylbewerber in Chemnitz. Davon wohnen 295 Personen in Wohnheimen, 959 Personen im dezentralen Wohnen I und 321 Personen im dezentralen Wohnen II. Das dezentrale Wohnen stelle eine große Herausforderung dar, da es aber eine gute Basis für die Integration sei, werde es in Chemnitz gefördert. Sie informiert, dass es zwei Anwohnerversammlungen gab und in Objekten in der Annaberger Straße und der Straßburger Straße jeweils maximal 150 Personen untergebracht werden sollen.

Frau Utech führt an, dass es bei der Umverteilung der Personen Probleme geben könne, da innerhalb einer Woche von montags bis freitags 149 Personen verteilt werden müssen. Das bedeute, dass wöchentlich 38 bis 40 Wohnungen benötigt werden, was kein Problem darstelle, allerdings könnten diese derzeit nicht möbliert werden, da keine Möbel lieferbar seien. Daher wurden Notausstattungs Pakete bestellt. Sie erklärt, dass das eigentliche Problem sei, dass das BAMF mit der Registrierung nicht nach komme und die Flüchtlinge ohne Registrierung verteilt und diese nachgeholt werden solle.

Ferner informiert sie darüber, dass Personal im Sozialamt aufgestockt wurde. Sie legt dar, dass eine Asylpraxis geplant sei, in welcher ein Allgemeinmediziner und temporär weitere Ärzte tätig sein werden und welche Asylbewerber ab 01.11.2015 aufsuchen können. Hier kann durch den Allgemeinmediziner eine Überweisung an Fachärzte ausgestellt werden, was eine Vereinfachung für die Asylbewerber als auch für die Verwaltung darstelle. Sie äußert, dass das Ehrenamt qualitativ erweitert werden soll und die Koordination zwischen Angeboten und Bedarf besser erfolgen müssen. Sie informiert über die Vereinbarung mit der Volkshochschule Chemnitz, mit welcher bei Deutschkursen als Fremdsprache 2/3 der Kosten durch das Sozialamt übernommen werden.

Frau Pritscha fragt, ob es richtig sei, dass der Betreuungsschlüssel 1:80 zum Teil vom Freistaat und zum Teil von der Stadt Chemnitz gezahlt wird. Das wird von **Frau Utech** bejaht, wobei sie ergänzt, dass die Stadt Chemnitz ca. 7 Mio. € für die Asylthematik zahlt.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob zur Diskussion, die Haftpflicht über den Kommunalen Schadenausgleich ggf. als Gruppenversicherung anzubieten, etwas bekannt sei.

Frau Utech erklärt, dass diese Haftpflichtversicherung für Schadensfälle, wo die Kommune Eigentümer ist, angedacht sei. In anderen Fällen greife der Schadensersatz entsprechend BGB. Sie sichert die Zustellung eines entsprechenden Schreibens des Kommunalen Schadenausgleich an die Beiratsmitglieder zu.

Frau Pritscha fragt ob mit der Gesundheitskarte zu rechnen sei.

Frau Utech sagt, dass aus der Ministerkonferenz ein entsprechender Passus aufgenommen wurde.

5.2 Interkulturelle Wochen

Herr Montero Pérez informiert über die Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Wochen. Er sagt, dass der Ansturm größer war als erwartet und viele Schuhe und Bekleidung gespendet wurden und er bedankt sich bei allen Unterstützern, insbesondere auch bei Helfern, die spontan Lagerplatz angeboten haben und auch den Transport der Sachen unterstützten.

Frau Kobuß sagt, dass die Eröffnungsveranstaltung gut angenommen wurde, es ein gelungener Auftakt war und es keine Zwischenfälle gab. Sie informiert über weitere Veranstaltungen die bisher stattfanden bzw. noch bis zum 04.10.2015 stattfinden, so z. B. die Busschule, den Tag der offenen Tür im Asylbewerberheim Altdorfer Straße und eine Lesung von Texten zum Thema Flucht und Asyl in verschiedenen Sprachen in der Jugendherberge der eins. Sie sagt, dass die Stadtteile in die Arbeit und Veranstaltungen mit einbezogen werden sollen, um die Befindlichkeiten der Anwohner zu erfahren und auch berücksichtigen zu können.

Frau Kobuß informiert, dass am 26.10.2015 die Interkulturellen Filmwochen beginnen, in denen thematische Filme gezeigt werden und Rahmenveranstaltungen und Podiumsdiskussionen stattfinden. Dieses Projekt laufe über die AGIUA e. V., welche Fördermittel über den LAP hierfür erhält.

6 Verschiedenes

Frau Echevin (VHS, Leiterin Fachbereich Deutsch als Fremdsprache) führt aus, dass aller fünf Wochen 30 bis 35 Deutschkurse durchgeführt werden. Dabei werde das TIEZ derzeit voll ausgelastet und hat keine weiteren Kapazitäten. Sie sagt, dass viele Teilnehmer keine Vorbildung haben und noch nicht als Selbstzahler gelten. Seit 21.09.2015 gibt es für diesen Personenkreis einen Pilotkurs nur für Flüchtlinge, zu welchem eine große Nachfrage besteht. Sie betont, dass es Anliegen der Volkshochschule sei, in diesen Kursen nicht nur die Sprache, sondern auch Werte und Normen zu vermitteln. Sie sagt, dass die zusätzlichen Kurse einen großen Aufwand bedeuten. So hatte der Fachbereich Deutsch vor ca. vier Jahren jährlich 9.000 Stunden, derzeit werden 25.000 Stunden angeboten. Die letzte Personalaufstockung erfolgte 2007, seitdem wurde die Anzahl der Stellen nicht an die aktuelle Situation angepasst. Sie betont, dass ohne zusätzliches Personal die Aufgaben auf Dauer nicht zu leisten seien. Sie sagt, dass zwei zusätzliche Stellen mehr benötigt werden und mehr Personal beantragt wurde, welches sich über die Kurse selbst finanzieren würde und keine Zuschüsse nötige wären, zumal bereits Mehreinnahmen bestehen. Derzeitig wurde eine Aufstockung der Stellen jedoch abgelehnt, weil das Angebot von Deutschkursen eine freiwillige Leistung darstellt.

Auf die Frage von **Herrn Montero Pérez**, welcher Einfluss genommen werden könne um Unterstützung zu geben, erklärt **Frau Echevin**, dass die Wichtigkeit von Deutschkursen durch den Migrationsbeirat unterstrichen werden sollte.

Frau Kobuß weist darauf hin, dass im Bereich der Zuwanderung auch steigende Zahlen vorliegen und dort Integrationskurse Pflichtaufgabe seien. Sie fragt ob es überhaupt noch realistisch sei, diese Kurse entsprechend des Bedarfs durchzuführen.

Frau Echevin erklärt daraufhin, dass die Volkshochschule den tatsächlichen Bedarf auf Dauer werde nicht mehr allein decken können.

Frau Kobuß überlegt was der Migrationsbeirat, insbesondere die Stadtratsmitglieder tun können, um eine Förderung zu ermöglichen. Sie meint, dass es bei einer fünffachen Erhöhung der Zahl der in Chemnitz lebenden Ausländer möglich sein muss mehr Personen zu beschäftigen, da die Aufgaben ansonsten nicht mehr bewältigt werden können. Sie bittet die Stadtratsmitglieder die erforderliche Aufstockung von zwei Stellen für die Volkshochschule mitzunehmen.

Herr Höhnel sagt, dass z. B. Multiplikatoren der Volkshochschule Kurse bei anderen Anbietern unterstützen könnten und verschiedene Angebote zusammengebracht werden müssen.

Herr Dr. Haentjens schlägt vor, dass dies für einen Runden Tisch zusammengefasst werden sollte.

Frau Pritscha sagt, dass sie nicht für einen runden Tisch, sondern für den direkten Draht sei.

Herr Montero Pérez betont, dass es wichtig ist, nicht nur zu reden, sondern dass auch Entscheidungen getroffen werden.

Herr Jabar Abdulhassan sagt, wenn es die Verpflichtung gibt, Integrationskurse zu besuchen, müsse auch sichergestellt werden, dass diese Kurse angeboten werden. Er sagt, dass an das Personalamt eine Anfrage gestellt werden könne, warum die Stellen abgelehnt werden.

Frau Gertig (Abteilungsleiterin Abt. 33.7) informiert, dass vom Oberverwaltungsgericht ein Pilotprojekt angeboten wurde, bei welchem Richter anbieten, gegenüber Flüchtlingen über Grundwerte, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung in Deutschland ehrenamtlich zu referieren. Hierfür werden Dolmetscher für arabisch und persisch benötigt und sie fragt, ob der Migrationsbeirat hier helfen könne.

Herr Montero Pérez sagt bei frühzeitiger Information die Unterstützung durch Mitglieder des Migrationsbeirates zu.

Frau Pritscha informiert über eine Internetseite, auf der Initiativen Hilfsangebote für Flüchtlinge einstellen.

Als weiteres informiert sie darüber, dass aus dem Seniorenbeirat heraus die Bitte auf Informationen besteht, um Senioren mit Migrationsbeirat entsprechend informieren zu können. Die Mitglieder des Migrationsbeirates verständigen sich darauf, zukünftig Frau Geipel als Mitglied des Seniorenbeirates zu den Sitzungen des Migrationsbeirates einzuladen.


Frau Kobuß informiert über eine App für Asylsuchende, welche getestet werden soll und um Hilfe gebeten wird, diese App mit Inhalten zu füllen. Hier sagt Herr Jabar Abdulhassan seine Unterstützung zu.

Ferner informiert Frau Kobuß über die Benefizweihnachtsfeier am 05.12.2015 im Haus Kraftwerk, zu welcher noch Beteiligte gesucht werden.

7 Bestimmung von zwei Beiratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Migrationsbeirates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Jabar Abdulhassan (sachkundiger Einwohner) und Herr Stadtrat Dr. Haentjens bestimmt.

06.10.2015
Datum



Pedro Montero Perez
Vorsitzender
des Ausschusses

08.10.2015
Datum

Jabar Abdulhassan
Jabar Abdulhassan
Mitglied
des Ausschusses

12.10.2015
Datum

Haentjens
Dr. Haentjens
Mitglied
des Ausschusses

05.10.2015
Datum

Seidel
Seidel
Schriftführerin

Die Freigabe der Niederschrift erfolgt vorbehaltlich der Unterzeichnung durch Herrn Stadtrat Dr. Haentjens.